

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 36 (1956-1957)
Heft: 1

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDSCHAU

Zur innenpolitischen Lage

Die in der vergangenen Session von der Bundesversammlung zum Beschuß erhobene *Erhöhung der Besoldungen des eidgenössischen Personals* hat, wie zu erwarten war, eine lebhafte Diskussion in die Wege geleitet. Diese Diskussion nahm ihren Ausgang von der Tatsache, daß die Bundesversammlung bei diesem Geschäft wesentlich weichherziger war, als der Bundesrat es von sich aus als opportun erachtete. Wie man weiß, hat sich der Vertreter des Bundesrates sowohl im Nationalrat wie im Ständerat mit der Begründung gegen eine Erhöhung der Besoldungen um 5% ausgesprochen, daß in diesem Falle die Gefahr einer weiteren Ingangsetzung der Lohn- und Preisspirale akut zu werden drohe. Dies zu einem großen Teil deswegen, weil die gewerkschaftlichen Organisationen des Bundespersonals sich keineswegs zu der Verpflichtung bereitfinden ließen, es werde mit dieser Erhöhung vorerst sein Bewenden haben. Die Organisationen ließen vielmehr durchblicken, daß sie bei der Neufassung des Besoldungsgesetzes sich vorbehielten, mit ihren Forderungen über den bereits bewilligten Ansatz von 5% hinauszugehen. Was indessen den Chef des Finanzdepartementes außerdem dazu veranlaßte, die von den Kommissionen beider Räte in Vorschlag gebrachten Ansätze zu bekämpfen, war die Überlegung, daß gerade in diesem Moment *Preisforderungen der Landwirtschaft* in ganz bestimmtem und nicht unerheblichem Ausmaße geltend gemacht werden — Forderungen, welche naturgemäß einen um so stärkeren Auftrieb erfahren werden, je mehr die Lohnansätze des Bundespersonals erhöht würden. Diese doppelt begründete Mahnung zur Zurückhaltung hat aber nichts gefruchtet.

Inzwischen hat sich zu dieser Situation anlässlich der Generalversammlung der Nationalbank deren Direktionspräsident, Prof. Dr. P. Keller, vernehmen lassen. Auch seine Ausführungen stellten den Gedanken in den Vordergrund, daß eine unter Umständen verhängnisvolle inflatorische Erscheinung durchaus im Bereich der Möglichkeit liege. Er machte insbesondere darauf aufmerksam, daß eine Zunahme der Investitionen der Wirtschaft im Zustand der verwirklichten Vollbeschäftigung zu einer weiteren Steigerung der Nachfrage nach Arbeitskräften führen müsse. Diese Entwicklung, welche durchaus in der Richtung der Überbeschäftigung verlaufe, sei um so ernster zu beurteilen, als sie sich keineswegs auf unser Land beschränke, sondern mehr oder weniger alle westeuropäischen Länder erfasse. Der Bezug fremder Arbeitskräfte, der bei der Erschöpfung der eigenen unumgänglich sei, werde in dieser Lage immer schwieriger. Im Zuge dieser Entwicklung sei zu erwarten, daß die knapp gewordene Arbeitskraft sich im Lande an die Stellen des höheren Lohnangebotes bewegen werde, und die Betroffenen würden wieder die schwachen Zweige der Wirtschaft, insbesondere die Landwirtschaft sein. Diese werde dann ihrerseits höhere Löhne anbieten müssen, mit dem

Ergebnis, daß Preiserhöhungen für wichtige Nahrungsmittel einträten. Es müßte sich dadurch eine *Steigerung der Lebenskosten* ergeben, welche ihrerseits durch Lohnerhöhungen wieder ausgeglichen werden müsse, wenn die Lohnempfänger nicht in ihrem Realeinkommen eine Einbuße erleiden sollen.

Man sieht also, daß die *Gefahr inflatorischer Erscheinungen* in einem bestimmten Ausmaß unter verschiedenen Aspekten besteht. Gewiß wird man dem Personal der Bundesverwaltung die Verbesserung seines Reallohneinkommens, wie sie durch die Erhöhung der Besoldungen um 5% eingetreten ist, durchaus gönnen. Aber es besteht eben diese wesentliche Gefahr, daß diese Erhöhung in ihrer Wirkung binnen kurzem zum Teil wieder aufgehoben wird, wenn sich eine weitere Steigerung der Lebenskosten nicht vermeiden läßt. Das wäre dann die typische Auswirkung einer inflatorischen Spirale. Daß eine solche Entwicklung verhindert werden muß, ging nicht nur aus dem Votum des Direktionspräsidenten der Nationalbank hervor; diese Erkenntnis ist vielmehr in weiten Kreisen des Volkes verbreitet, nicht ausgenommen die Arbeitnehmerseite. Denn diese hat an einer solchen Entwicklung zu allerletzt ein Interesse, im besondern mit Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie, von deren Prosperität ihre Verdienstmöglichkeiten weitgehend abhängen. Aus diesen Erwägungen hat Prof. Keller am Ende seines Referates die Forderung aufgestellt, daß in *gemeinsamem Gespräch zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie mit der Landwirtschaft* der Versuch unternommen werden soll, die Lohn- und Preisentwicklung in einem Rahmen zu halten, der keine inflatorischen Auftriebskräfte zur Auslösung bringt. Nun weiß man zwar, daß die Gewerkschaften gegenüber einer Neuauflage des Stillhalteabkommens eine starke Skepsis bezeugen, aber man darf doch hoffen, daß die Anregung am Ende auch von dieser Seite günstig aufgenommen wird, damit auf diese Weise die Arbeiterschaft und das Personal der öffentlichen Verwaltung in Bund, Kantonen und Gemeinden der Reallohnernhöhung, wie sie in jüngster Zeit weitgehend durchgeführt wurde, nicht wieder verlustig gehen.

* * *

Es ist allgemein beachtet worden, daß der Abschluß der eidgenössischen Staatsrechnung für 1955 den gewaltigen Aktivüberschuß von 215 Millionen Franken erreicht hat, ein Ergebnis, das weit über den budgetierten Betrag hinausgeht. Dieses Rekordergebnis schließt sich an die ausgezeichneten Ergebnisse der vergangenen Jahre an, und es führt zu der Feststellung, daß nicht nur in der Steuerpolitik des Bundes eine Entlastung zugunsten der Steuerzahler eintreten soll, sondern daß nun der Augenblick gekommen ist, dem Eingriff des Bundes in den Steuerbereich der Kantone ganz allgemein Einhalt zu gebieten. Bekanntlich entspricht es der föderalistischen Tradition und dem Aufbau des Bundesstaates, daß der Bund sich an die indirekten Steuern halten soll, während die Kantone über die direkten Steuern zu verfügen haben. Diese Erwägungen haben im Zusammenhang mit dem günstigen Rechnungsabschluß zu einem Vorstoß in freisinnigen Kreisen der Waadt geführt, welcher zum Ziele hat, eine *Volksinitiative gegen die direkte Bundessteuer* zu lancieren. Der Vorstoß verdient alle Unterstützung, und es ist zu hoffen, daß die Absicht mit Rücksicht auf die in Beratung stehende Bundesfinanzreform mit Beschleunigung in die Tat umgesetzt wird. Besonders erfreut wird man darüber sein, daß diese föderalistische Initiative aus der welschen

Schweiz kommt. Sie zeigt jedenfalls, daß das Malaise, von dem man so viel spricht, die Welschen nicht hindert, in angriffiger Weise vorzustoßen und nach einer Grundrichtung, welche durchaus ihren Traditionen entspricht.

* * *

Vor kurzem hat *Minister Dr. Hans Sulzer* in Winterthur seinen 80. Geburtstag gefeiert. Bei diesem Anlaß hat das freisinnige «Winterthurer Tagblatt» eine ganze Reihe von Gratulanten aufmarschiere lassen, unter ihnen den Chef des Politischen Departementes, Bundesrat Petitpierre, den Winterthurer Stadtpräsidenten Dr. Hans Rüegg, ferner auch Arthur Steiner, den Präsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, welcher in besonderem Maße seiner Befriedigung über die Weltaufgeschlossenheit des Jubilaren und über seine positive Einstellung zum Vertragswerk in der Maschinen- und Metallindustrie Ausdruck gibt. Wir möchten in diesen Heften dem Jubilar ebenfalls unsere Glückwünsche darbringen, im Gedanken an die großen Verdienste, welche sich Minister Sulzer um das Land erworben hat. Wir haben dabei nicht nur seine Arbeit in der Leitung einer unserer größten industriellen Unternehmungen oder als Präsident des Vorortes des Schweizerischen Handels- und Industrievereins im Auge, sondern auch seinen aufopferungsvollen Einsatz als schweizerischer Gesandter in Washington während des ersten Weltkrieges. Der Jubilar hat in seinem Lebenswerk stets beste schweizerische Tradition verkörpert, immer fest auf dem Boden unserer freiheitlichen Einrichtungen stehend, welchen unser Staatswesen seine Entwicklung zu Ansehen und Wohlstand verdankt.

Bericht aus Westdeutschland

Eine siebenjährige Koalition zerbricht

Die scheinbar unerschütterliche Stabilität der Bundesrepublik hat einen Riß bekommen. Seit 1949 regierten in Bonn die CDU Dr. Adenauers und die liberale Partei, die FDP, zusammen mit der DP, einer kleinen konservativen Partei, die in Niedersachsen beheimatet ist, als Dritter im Bunde. Damals, bei der ersten Bundestagswahl, erhielt:

die CDU/CSU	139 Sitze
die FDP	52 „
die DP	17 „
die SPD	= 194

Bei jener ersten Bundestagswahl spielte noch die wirtschaftspolitische Frage: Planwirtschaft oder freie Wirtschaft die entscheidende Rolle. Kein Wunder also, daß CDU und FDP, die in der Ablehnung der Planwirtschaft vollständig einig waren, sich zu einer Koalition zusammenfanden. Schon sehr anders sah es bei der zweiten Bundestagswahl 1953 aus. Zwischen beiden Ereignissen lagen Jahre des Kampfes um die EVG, in dem die Koalitionspartner keineswegs immer einer Meinung gewesen waren, lag das umkämpfte Mitbestimmungsrecht, von der FDP scharf kritisiert, von der CDU letzten Endes befürwortet.

Aus der Neigungsehe wird ein mariage arrangé

Man konnte bei der Koalitionsbildung 1953 kaum noch von einer echten Neigungsehe sprechen — viel eher von einem *mariage arrangé*. Die Eltern, vielmehr die Parteivorstände fanden die Aufrechterhaltung der Kombination vernünftig: die FDP, weil An-der-Regierung-sein so schön ist und es ihr überdies gelang, der CDU die Zusage auf vier Ministersessel abzupressen; die CDU Adenauers — dessen Popularität bei der zweiten Bundestagswahl einen vermutlich nie wiederzuerreichenden Höhepunkt erklossen hatte —, weil sie mit einer Stimme Majorität die absolute Mehrheit erreicht hatte und die Möglichkeit bestand, durch eine erweiterte Koalition sogar die Zweidrittelmehrheit zu erreichen.

Zwischen der ersten und der zweiten Bundestagswahl hatte sich nämlich noch eine Flüchtlingspartei, der BHE («Bund der Heimatvertriebenen und Entrechten») aufgetan und 27 Sitze erobert. Für die CDU zeichnete sich unter diesen Umständen die Möglichkeit ab, die Zweidrittelmehrheit im Parlament zu gewinnen, sofern es ihr gelingen sollte, FDP und DP bei der Stange zu halten und den BHE zu persuadieren, sich ebenfalls anzuschließen. Die Zweidrittelmehrheit schien aber damals von ausschlaggebender Wichtigkeit zu sein, weil nur sie die Gewähr bot, daß die anlässlich der Aufrüstung notwendigen Verfassungsänderungen in jedem Falle durchgebracht werden könnten.

Nachdem die Forderung des BHE auf zwei Ministersessel anerkannt worden war (was automatisch der FDP zu ihren vier Sitzen im Kabinett verhalf), gelang die umfassende Koalitionsbildung, die nun nur die SPD in der Opposition ließ. Das Parlament war nach der zweiten Wahl zum Bundestag (1953) folgendermaßen zusammengesetzt:

CDU/CSU	244	Sitze
FDP	48	„
BHE	27	„
DP	15	„
SPD =	153	

Zwei sehr verschiedenartige Parteiführer

Das Verhältnis der beiden wichtigsten Partner in der Koalition: der CDU und der FDP wurde im Laufe der Jahre immer gespannter, was nicht zuletzt an dem total verschiedenen Temperament der beiden Parteiführer lag. Bundeskanzler Dr. Adenauer, der unabirrbar, mit eiserner Konsequenz, unangefochten von Beifall oder Kritik sein Ziel verfolgt; Thomas Dehler, der Führer der FDP, ein labiler, sprunghafter Mensch, der dafür bekannt ist, am Montag immer das zu berichtigen, was er am Sonntag gesagt hat, oder die Maßnahme, der er selber im Bundestag zugestimmt hat, tags darauf in der Öffentlichkeit zu desavouieren.

Nicht selten wurden diese Extratouren Dr. Dehlers zum Anlaß für allerlei Demarchen und Beschwerden beim Kanzler, hinsichtlich der Unstetigkeit seines Koalitionspartners. So konnte es nicht ausbleiben, daß Adenauer im Verfolg seiner Linie Dehlers Seitensprünge immer wieder öffentlich korrigieren und kritisieren mußte und daß Dehler das Regiment «des Alten» als immer bedrückender und autoritärer empfand.

Die in mancher Hinsicht verschiedenartige Auffassung der beiden Koalitionspartner zeigte sich deutlich bei der Einstellung zum Saarstatut. Als im Oktober 1955 die Abstimmung an der Saar erfolgte, trat die FDP offen gegen das Statut auf, das die Saar von Deutschland trennen und Frankreich angliedern sollte — während der Kanzler weiter zu dem Statut stand, das er mit den Franzosen ausgehandelt hatte.

Das verhängnisvolle «Grabensystem»

In der gespannten Atmosphäre, die diese Kontroverse hinterlassen hatte, mußte dann wenig später das Wahlgesetz verhandelt werden. Seit langem fürchtete die FDP, das bestehende Wahlsystem (das einem reinen *Verhältniswahlrecht* ziemlich nahekommt) könnte von der CDU zugunsten eines *Mehrheitswahlsystems* abgeschafft werden, was praktisch das Ende der FDP und der anderen kleinen Parteien bedeutet hätte. In der Tat stellt das von der CDU propagierte «*Grabensystem*» genau diesen Typus Wahlsystem dar. Monatelang dauerte der Nervenkrieg: die Wahlsachverständigen aller Parteien spitzten ihre Bleistifte und legten den Rechenschieber nicht mehr aus der Hand. Jede Partei verdächtigte die andere, sie wolle ja nur an die Macht kommen, beziehungsweise an der Macht bleiben — die Stimmung wurde immer bitterer.

Die FDP geht Umwege

Schließlich sagte sich die FDP, daß sie im *Bundestag* keine Chance habe, das in Aussicht genommene Wahlsystem zu Fall zu bringen (weil die DP mit der CDU zu stimmen bereit war) und daß sie darum ihr Augenmerk auf den *Bundesrat* richten müsse. Da Beschlüsse des Bundestags nur dann in Kraft treten, wenn der Bundesrat seine Zustimmung gegeben hat, verfiel die FDP also auf den Ausweg, ihre Ohnmacht in der ersten Kammer durch eine stärkere Einflußnahme in der zweiten Kammer zu kompensieren. Im Bundesrat sind neun Länder je nach ihrer Größe mit drei bis fünf Repräsentanten vertreten. Die Zusammensetzung des Bundesrats sah Anfang dieses Jahres folgendermaßen aus:

I. Hamburg	3 Stimmen
Schleswig-Holstein	4 „
Niedersachsen	5 „
Baden-Württemberg	5 „
Rheinland-Pfalz	4 „
Nordrhein-Westfalen	5 „
	<hr/>
	26 Stimmen
II. Bremen	3 Stimmen
Hessen	4 „
Bayern	5 „
	<hr/>
	12 Stimmen

Nur um Konrad Adenauer auf «Bundesebene» zu ärgern

In der hier unter I. zusammengefaßten Gruppe hat die CDU die Mehrheit, in der Gruppe II nicht. Wenn also die FDP ihr Ziel erreichen wollte, mußte sie in einem dieser Länder versuchen, die CDU aus der Regierung herauszu-manövriren. Am leichtesten schien dies in Nordrhein-Westfalen. Die FDP, die bisher dort mit der CDU die Regierung gebildet hatte, verständigte sich also mit der SPD, die ihrerseits auch gern einmal ans Ruder wollte, und beide stürzten gemeinsam und ohne jeden triftigen Grund den allgemein beliebten Ministerpräsident Arnold in Düsseldorf — eigentlich nur, um Konrad Adenauer auf «Bundesebene» zu ärgern. Durch diese Machenschaft verlor die Gruppe I im Bundesrat 5 Stimmen, die nun der hier als II bezeichneten Gruppe zuwachsen. Adenauer hat also in der zweiten Kammer nicht mehr eine Mehrheit von 26 zu 12 Stimmen, sondern nur noch von 21 zu 17.

Nächster Akt: in den Reihen der FDP erhob sich Widerspruch gegen diese Handlungsweise und gegen den unsteten Parteiführer Thomas Dehler. Folge: 1. sechzehn Mitglieder der FDP (darunter die vier im Bonner Kabinett amtierenden Minister) rebellierten gegen die Parteiführung und bilden eine eigene Fraktion mit dem Namen «Demokratische Arbeitsgemeinschaft»; 2. die verbleibenden 33 Abgeordneten unter Führung von Dr. Dehler traten nach siebenjähriger Gemeinschaft aus der Koalition mit der CDU aus.

Keine Klärung, aber viele Fragezeichen

Wenn die Spaltung dazu geführt hätte, diese Partei in ihre beiden, keineswegs homogenen Bestandteile zu zerlegen, so daß die mehr nationalistischen Elemente — die vorwiegend in Nordrhein/Westfalen anzutreffen sind — von den echten liberalen Parteigängern — die von jeher in Württemberg/Baden beheimatet waren — getrennt worden wären, könnte man mit dieser Lösung noch ganz zufrieden sein. Das aber ist leider nicht geschehen. Der Riß folgt nicht der Nahtstelle zwischen diesen beiden Gruppen, sondern geht quer durch sie hindurch.

Man muß also mit weiteren Veränderungen rechnen, wobei es angesichts der Unberechenbarkeit dieser Partei und ihrer Führung überhaupt nicht zu übersehen ist, welche oder auch wie viele der möglichen Veränderungen noch eintreten werden. Diskutiert werden zur Zeit folgende:

1. Weitere Spaltungen a) der 16 «Rebellen»
b) der verbliebenen 33 Abgeordneten
2. Weitere Regierungsumbildung in den Ländern
3. Rückkehr der 16 Abtrünnigen in die alte FDP-Gemeinschaft
4. Rückkehr der FDP in die Bonner Koalition
5. Umbildung des Bonner Kabinetts.

Marion Gräfin Dönhoff

Bericht aus Paris

Das neue französische Parlament

Am Ausgang der Wahlen des 2. Januar konnte die Öffentlichkeit die Bildung einer Volksfront befürchten, welche, wie 1936 und 1946, die Beteiligung der Kommunisten an der Macht besiegelt hätte. Denn nicht ungestraft wählt einer von vier Franzosen kommunistisch. Wenn die Partei auch relativ keine Stimmen gewonnen hat, hat sie doch in Wirklichkeit ihre parlamentarische Stellung merklich verstärkt, nachdem sie in der Kammer über 150 Sitze verfügt. Bereits ein Versuch der Volksfront hat, von Erfolg gekrönt, den Sozialisten Le Troquer, dank den kommunistischen Stimmen, zum Präsidenten der Nationalversammlung gemacht, und diese Wahl erschien bezeichnend. Die Bestrebungen, die darauf folgten, erwiesen sich für die Befürworter der Zusammenarbeit mit den Kommunisten als weniger einträglich. Sie bestanden darin, einer Anzahl von poujadistischen Abgeordneten ihre Sitze streitig zu machen, unter dem leeren Vorwand nicht erfüllter Formvorschriften, obwohl die Präfekten in den Departementen die Rechtmäßigkeit der unter der Flagge des Poujadismus aufgeföhrten Kandidaturen anerkannt hatten. Damit trat die Taktik der äußersten Linken zu Tage, die darauf abzielt, einen

sozialistisch-kommunistischen Block zu schmieden, dem die «mendesistischen» Abgeordneten ohne Schwierigkeit angehängt würden. Der feinste Schlich bestünde bei dieser Gelegenheit darin, die fortschrittlichen Katholiken zu einem Beitritt zu überreden, wozu sich François Mauriac in der Tageszeitung «L'Expreß» (nun wieder Wochenblatt) mit einer Hartnäckigkeit und einer Parteinahme verwendet hat, die von vielen als skandalös empfunden wurde.

Allein die listigste Dialektik kann die zahlenmäßigen Ergebnisse der Wahlen nicht aufheben: 150 kommunistische Abgeordnete, 96 Gemäßigte, 94 Sozialisten, 83 Radikale (wovon 32 Mendesisten), 72 M.R.P. und 50 Poujadisten. Wenn man die beiden extremen Gruppen abzieht, Kommunisten und Poujadisten, die zusammen ungefähr 200 Mandate besitzen, so bleiben die Grundlagen jener von Vincent Auriol befürworteten republikanischen und nationalen Einigung übrig, welche, im Gegensatz zur heutigen zerbrechlichen Mehrheit, die ewige französische Mitte verkörpert.

Der frühere Präsident der Republik meint in der Tat, daß, Parteien zu verbieten, die mehr Parlamentssitze einnehmen als die Urheber ihres Verbots, weder gerecht noch loyal ist, und daß eine solche Haltung vielleicht von einem ernstlichen jakobinischen Geist Zeugnis ablegt, doch gewiß nicht von einem demokratischen. Mit seiner aus südlichem Humor geprägten Formel: «man tändelt nicht mit Zahlen» hat Vincent Auriol den Führern der französischen Politik eine nützliche Warnung gegeben, von der man glauben kann, daß sie Gewinn gezogen hätten, würde die starre Unnachgiebigkeit der Parteien gegenüber den Gemäßigten an ihrer üblichen Verwerfung nicht festhalten.

Guy Mollets Geschmeidigkeit

Die Rechte dankt Guy Mollet dennoch die Mäßigung seines Regierungsprogramms, die den härtesten Schlag gegen die Volksfront führt. Niemand bezweifelt die Treue des Ministerpräsidenten zum Atlantikpakt. Sein Interview, daß er dem Korrespondenten des «Columbia Broadcasting System» am Tage nach den etwas stürmischen und recht tendenziös verbreiteten Erklärungen Pineaus gewährt hat, wurde in diplomatischen Kreisen besonders geschätzt. Man erinnert sich, daß sich Pineau, bei einem Essen vor ausländischen Pressevertretern, über die politische Linie der französischen Regierung frei geäußert und dabei seinen beständigen Willen zu Verhandlungen mit der Sowjetunion betont hatte. Es brauchte nicht mehr, um dem Außenminister die Absicht zu unterschieben, sich von den großen westlichen Bündnissen zu trennen und Frankreich den Sowjets zu nähern. Guy Mollets und darauf Pineaus eigene ausdrückliche Versicherung dem amerikanischen Botschafter gegenüber, daß nichts an der Haltung Frankreichs geändert sei, hat das Mißverständnis zerstreut, das eine gewisse sowjetfreundliche Presse zu vergrößern sich beeilt hatte.

So mühsam auch die erste Etappe der Reise des Regierungschefs nach Algier gewesen war und so unangebracht die Ernennung General Catroux' zum Generalresidenten (in deren Tadel die Franzosen in Algerien, Kolonisten wie ehemalige Frontkämpfer einmütig waren), erlaubte die Reise doch Guy Mollet, sich der komplexen Gegebenheiten der französisch-muselmanischen Auseinandersetzung bewußt zu werden. Kein einziges Mal nach seiner Rückkehr sah man die kommunistische Partei dem Ministerpräsidenten zustimmen, während alle anderen Gruppen des Parlaments, ganz abgesehen von den Sozialisten, zu verschiedenen Malen und eine nach der andern ihm ihre Zustimmung aussprachen. Im Gegensatz dazu müssen die jüngsten Abstimmungen zugunsten der Sondervollmachten, denen die Kommunisten beigestimmt haben, als ein Druckmittel auf die Regierung gedeutet werden, im Hinblick auf die bevorstehende Reise des Ministerpräsidenten und des Außenministers nach Moskau.

Das französisch-marokkanische Abkommen

Die Unabhängigkeit Marokkos wurde mit einem Federstrich am Quai d'Orsay ratifiziert, während 18 km von Taza, an der Grenze von Algerien und Marokko, noch Kämpfe im Gange waren. Eine offizielle Mitteilung erinnert freilich daran, daß nur eine Abstimmung in der Nationalversammlung der Regierungsform des Protektorats ein Ende setzen und das Abkommen von Fez widerrufen kann. Doch ist es selbstverständlich, daß ein Aufschub des Abkommens, welchen Grund man ihm auch gebe, schwere Folgen nach sich ziehen müßte. Man begreift die Unruhe jener, die fürchten, daß angesichts des Drucks im Innern die marokkanischen Führer zu einer Versteifung ihrer Haltung veranlaßt werden. Vergessen wir nicht, daß die Drohung eines erneuten Aufflammens des Terrorismus immer latent ist, und daß jede Verzögerung in der Anwendung der Übereinkunft die Gefahr birgt. Frankreich das Vertrauen des Herrschers, mit dem es verhandelt hat, zu verscherzen. Er selbst weiß sich vom linken Flügel des Istiqlal bedroht, den von Kairo aus die Agenten der arabischen Liga in Verbindung mit Moskau steuern. Niemandes Interesse ist es also, den arabischen Nationalismus mit neuen Argumenten zu speisen, ihn, den es im Gegenteil einzudämmen und zu beruhigen gilt.

Einige kreiden es den Vertretern Frankreichs an, Verpflichtungen ohne wirkliche Gegenleistungen eingegangen zu sein. Der Vertrag vom 2. März setzt in der Tat den guten Willen der Verhandlungspartner voraus. Aber dieses auf vielfältige Sicherungen gestützte Vertrauen ließe Frankreich ohne Zuflucht, wenn die scherifische Regierung in Zukunft der demagogischen Aufputschung des Istiqlal nachgeben und ihr Wort brechen sollte. Die Vertrauensgeste der französischen Regierung beruht deshalb auf einer Wette: entweder wird der Sultan sein Volk um sich schließen und die Einheit des befriedeten Marokkos wiederherstellen, oder die panarabische Strömung, wild anti-westlich, wird über die Weisheit und Vernunft obsiegen, und dann ist es um die marokkanische Unabhängigkeit geschehen und um das zivilisatorische Werk, das Frankreich auf dem alten afrikanischen Boden errichtet und dem es seinen Stempel aufgeprägt hat.

Das Drama Algeriens

Möge man die Eintönigkeit einer Analyse entschuldigen, die uns abermals zum Problem Nordafrikas zurückführt. Ob man es wolle oder nicht, beherrscht es die französische Politik und zwingt der sozialistischen Regierung sehr schwere Verantwortung auf. Die Sondervollmachten, die sie vom Parlament erhalten hat, werden ihr erlauben, alle nötigen Mittel zur Wiederherstellung der Sicherheit einzusetzen, insbesondere, wenn es geboten ist, den Not- oder den Belagerungszustand auszurufen. Die Entsendung massiver Verstärkungen, welche die Nationalversammlung bewilligt hat, wird indes nichts an den zwei Zielen ändern, die der Ministerpräsident verfolgt: die Herstellung der Ordnung im Innern und die Durchführung der Reformen. Diese Politik stützt sich auf eine doppelte Feststellung: Algerien ist keine französische Provinz wie die andern, es ist kein muselmanischer Nationalstaat und kann keinen bilden.

Nach dem Massaker von sieben Europäern in der Gegend von Palestro, 60 km vor Algier, scheint jegliche Verhandlungspolitik mit den Führern der Fellagha in Frage gestellt. Auf den feierlichen Appell Guy Mollets wurde mit einer verdoppelten Heftigkeit und Grausamkeit geantwortet, deren Opfer unschuldige arabische und französische Einwohner sind. Die Erregung ist gewaltig im Palais Bourbon, wo man sich immer stärker Rechenschaft gibt, daß der Terrorismus nur durch unermäßliche militärische Anstrengung und schmerzliche Opfer besiegt werden kann, wie es Robert Lacoste vor der sozialistischen Fraktion, deren Mitglied

er ist, vertrat. Die Ereignisse sind schnell vorangeschritten, seit dem letzten 20. August, als die Erhebung ausbrach. Die Aufständischen, Rebellen und Vogelfreie, die durch den Terror verbissen jede Anwesenheit Frankreichs zu eliminieren suchen, versichern heute, daß sie nicht ablassen werden, bevor Algeriens Unabhängigkeit anerkannt sei. Und man steht vor der gleichen tragischen Situation wie in Marokko und Tunesien: den Krieg organisieren oder Frieden schließen.

Der französische Regierungschef hat die früher gegebene Zusicherung der Anerkennung der «personnalité algérienne» wiederholt und ebenso das Versprechen eines Statuts, das die Rechtsgleichheit der arabischen und französischen Gemeinschaften gewährleistet. Eine Frage stellt sich indessen: Reform- und Wahlversprechen, Versicherungen des guten Willens — werden sie genügen, um die Kämpfe einstellen zu lassen? Diejenigen, die in der ägyptischen Kapitale wie in denen des Ostens ein Interesse an der Schleifung von Frankreichs Macht in Nordafrika haben, werden deshalb nicht ihre Wühlarbeit aufgeben. Soustelle, der ehemalige Generalgouverneur in Algerien, offenbarte auf der Tribüne des Parlaments, daß der Ansturm der Fellaghas gegen Philippeville mit dem Schrei «die ägyptische Flotte landet» begann.

In Libyen, wo keinerlei russische Interessen bestehen, haben die Sowjets eine imposante Gesandtschaft mit 500 Mann Personal eröffnet. Man würde sich viele Illusionen machen, wenn man glaubte, daß das Werk der Auflösung nicht von einem überlegten Gesamtplan ausgeht, der darauf abzielt, systematisch jede Spur von westlichem Einfluß auf islamischem Boden auszurotten.

Die überstürzte Absetzung von Glubb Pascha, dem Kommandanten der berühmten Arabischen Legion Jordaniens, bliebe unerklärlich, wäre es nicht erwiesen, daß König Hussein wie der saudi-arabische Herrscher für die Sache des internationalen Panislamismus gewonnen ist. Es ist nicht verwunderlich, daß man in Amman und Ryad den sowjetischen Sirenengesängen aufmerksames Gehör leihgt. Hinter den algerischen, marokkanischen und tunesischen Agitatoren steht die gewaltige Macht der arabischen Welt, das heißt letztlich alle muslimischen Nationen, die an der Konferenz von Bandjeng versammelt waren und heute den Einfluß Rußlands erfahren.

So besteht die erschöpfende Anstrengung Frankreichs in Nordafrika nicht nur in einer lokalen militärischen Operation gegen nationalistische Aufständische, sondern in einem Unternehmen, das den ganzen Westen angeht und, um zu gutem Ende geführt zu werden, eine diplomatische Solidarität der Großmächte in Kairo gleichwie in Moskau erheischt.

Jean de Saint-Chamant

Bericht aus Wien

Wenn jemand über die behördliche Auflösung des Generalsekretariates des WGB (Welt-Gewerkschaftsbundes) in Wien — der seinerzeit von den Russen als aussichtsreichstes Infiltrationsinstrument mit so viel Rückenwind auf Fahrt geschickt wurde — nicht überrascht war, dann die Russen. Sie hatten es nicht nötig, überrascht zu sein, denn sie wußten, daß er aufgelöst werden sollte. Mehr noch: sie wollten es. Sie wußten, weil sie wollten.

Möglicherweise hätte jemand anderer Ursache überrascht zu sein. Nicht so sehr über die Tatsache an sich (denn die hatte man ja selbst herbeigeführt), son-

dern viel mehr darüber, daß die Russen so gar nicht überrascht waren. Nicht einmal die Russen im Generalsekretariat selbst. Und diesen Umstand darf man besonders bedeutungsvoll und bezeichnend finden.

Der Vorwand der Auflösung

Das österreichische Vereinsgesetz bietet im Bedarfsfalle die Handhabe, jedweden Verein zum gegebenen Zeitpunkt aufzulösen. Diese Handhabe aber schaffen die Vereine selbst: in Form ihrer Statuten. Es gibt nämlich kaum einen Verein — und die Zahl der Vereine in Österreich ist nicht unerheblich —, der sich in jedem Augenblick seiner Existenz starr an die von ihm selbst aufgestellten Statuten hält. Wenn diese Inkonsistenz nur sehr selten zur Auflösung führt, so liegt dies ausschließlich an ihrer generellen Harmlosigkeit. Eben diese Eigenschaft aber konnte der «Verein» WGB nicht demonstrieren. Er mochte während seines kurzen Vereinsdaseins in Österreich viele Eigenschaften gehabt haben, an dieser einen aber — die seinen Bestand gewährleistet, aber ihn gleichzeitig im Hinblick auf seinen Lebenszweck wertlos gemacht hätte — erlangte es ihm. Die Geburt der österreichischen Freiheit mußte ihm den Todesstoß versetzen. Und in der Tat: Innenminister Oskar Helmer trug bereits den Dolch im Gewande. Wußte er, daß dieser Dolch «Made in UdSSR» war oder daß — zumindest — die Russen diesen Dolch schärfen sollten?

Die beiden Rechtsanwälte Dr. Schwamm und Dr. Heitler hatten nach Abschluß des Staatsvertrages (aber noch zur Zeit der Anwesenheit von Besatzungstruppen) die Statuten des von ihnen vertretenen Vereins WGB bei der Vereinsbehörde eingereicht. Da innert vier Wochen kein Einspruch dagegen erfolgte, waren sie — und damit auch der Verein — automatisch genehmigt. Ein Verein, der schon lange lebte, war damit offiziell geboren.

Statutenüberschreitungen waren unschwer festzustellen. Dafür brauchte man nicht auf der Lauer zu liegen. Die Statutenüberschreitungen mußten selbst dem unaufmerksamsten Beobachter offenkundig und augenscheinlich werden. Da war zunächst die Tatsache, daß der Verein als Wohnungsmieter für seine ausländischen Funktionäre auftrat. Das war in den Statuten nicht vorgesehen. Sodann figurierten im sogenannten Generalrat des WGB u. a. zwei österreichische Funktionäre, nämlich der Bundesrat und seinerzeitige Präsidentschaftskandidat Gottlieb Fiala und ein gewisser Otto Horn, die eine rechtlich nicht existente Gewerkschaftsorganisation, die Fraktion der gewerkschaftlichen Einheit, entsandt hatte. Auch dies war mit dem Vereinsgesetz nicht in Einklang zu bringen. Bei einiger Geschicklichkeit hätte man den Verein schon aus diesen Gründen auflösen können, auch wenn es nicht eben massive Gründe waren.

Man löste ihn nicht aus diesen Gründen auf. Vielmehr spielte man auf eine Karte, die ein anderer ins Spiel gemischt hatte, und die mit den Statuten als solchen überhaupt nichts zu tun hatte. Diese Karte war

ein Pressezeugnis aus Mexiko.

Es gelangte durch die mexikanische Gesandtschaft zur Kenntnis der österreichischen Regierung. Es handelte sich um eine Broschüre. Und sie war so geartet, daß es sich mit der Neutralität des eben erst frei gewordenen Staates schlecht vertrug, ihre Initiatoren zu beherbergen. Sie enthielt ausgesprochen umstürzlerische Redensarten und propagierte nicht mehr und nicht weniger als einen Regierungssturz in Mexiko.

Dieser Sachverhalt war ausschlaggebend. Man hatte schon harmlosere Vereine aufgelöst. Mit Bescheid vom 3. Februar 1956 löste man auch den WGB auf. Am 4. Februar 1956 wurde die Verfügung ordnungsgemäß zugestellt. Innenminister

Oskar Helmer hatte gehandelt, wie das Gesetz es befahl. Man hatte ihm die Auflösungsgründe gewissermaßen frei Haus zugestellt. Die Vermutung — und vielleicht ist es in gewissen Kreisen mehr als eine Vermutung — liegt nämlich nahe, daß die Russen selbst für Abfassung und Verbreitung der Broschüre und prompte Unterrichtung der österreichischen Regierung sorgten, wohl wissend was dies für den WGB als verantwortlichen Redakteur nach sich ziehen mußte: die Auflösung.

Warum kein Protest?

Für diese Vermutung sprechen mancherlei Gründe. Zunächst die auffällige Tatsache, daß, abgesehen von einer Resolution des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften, ein offizieller Protest am Ballhausplatz nicht erfolgte. Weiters der mindestens ebenso auffällige Umstand, daß das Generalsekretariat des WGB durch einen russischen Sekretär bereits am Morgen des 3. Februar 1956, also einen Tag vor der ordnungsgemäß Zustellung des Auflösungsbescheides, von der bevorstehenden Maßnahme unterrichtet wurde. Mehr noch: das Kadermaterial der Abteilung «Internationale Verbindungen» und das wesentlichste Buchhaltungsmaterial waren bereits anfangs des Jahres verlagert worden; das Kadermaterial ins Ausland und das Buchhaltungsmaterial in den Globus-Verlag in Wien. Und von nicht geringerer Bedeutung im Rahmen dieser Betrachtung ist der Vorschlag der russischen Sekretäre im WGB, einstweilen keinen festen Sitz für das Generalsekretariat zu bestimmen, sondern die einzelnen Abteilungen in zweckmäßiger Weise und im Hinblick auf ihre Stoßrichtungen auf verschiedene Hauptstädte zu verteilen.

In gewisser Beziehung ist dies bereits schon geschehen. So sind der Generalsekretär Louis Saillant mit seinem in seinen Agenden stark begrenzten Generalsekretariat wieder einmal in Paris untergebracht, während die Presseabteilung als Untermieter beim ADN (Allgemeines Deutsches Nachrichtenbüro) in Ost-Berlin eingezogen ist und die Organisationsabteilung unter Boris Olimpiadi Gasterrecht in dem den Russen gehörenden Hause Wien II, Taborstraße 1, genießt, in welchem u. a. auch die TASS residiert. Das Kolonialsekretariat hat Zuflucht in Prag und die Abteilung «Öffentliche Angestellte und verwandte Berufe» Obdach in Ost-Berlin gefunden. Das ganze sieht nach Rückzug aus. Daran vermag auch die Tatsache nichts zu ändern, daß die Agenden des Präsidiums und eines Teiles der internationalen Abteilungen in Rom geführt werden. Die wesentlichsten Schwerpunkte liegen hinter dem «Eisernen Vorhang», in Ostberlin, Prag und Bukarest, dort also, wo sie viel an Wert und Stoßkraft verlieren.

Diese Vorgänge, welche die führenden Köpfe wie Louis Saillant und Luigi Grassi so sehr erbittern, gestatten

nur eine Erklärung,

nämlich die, daß der Kreml seine Hand abgezogen hat von seinem Kinde. Der WGB wurde fallen gelassen. Er hat sich nicht bewährt. Die Infiltration — vor allem in den unterentwickelten Gebieten —, für die letzten Endes Louis Saillant verantwortlich zeichnete, hat sich im großen Rahmen nicht erfüllt, auch wenn man Ereignisse wie in Cypern in Betracht zieht, die auf Konto des mit allen Vollmachten ausgestatteten Chefs des cypriotischen Gewerkschaftsverbandes Ziatrides gehen.

Kenner der Verhältnisse glauben, daß der WGB durch die Maßnahme des österreichischen Innenministers auf mindestens ein Jahr in seiner Aktionsfähigkeit lahmgelegt wurde. Daran ändert auch nichts, daß diese eine materielle Schädigung nicht bedeutet. Finanziell ist der WGB bis auf weiteres gut dotiert. Er erhält nach wie vor 6.75 £ je 100 Mann der Gewerkschaftszentrale eines Lan-

des und 0,5% der jeweiligen Gewerkschaftsbeiträge als Internationalen Solidaritätsfonds. Seine jährlichen Einnahmen werden auf rund 380 Millionen österreichische Schillinge geschätzt, die sich auf Konten in Wien, Prag, Paris, Genf und Warschau verteilen.

Geld allein macht jedoch auch einen WGB nicht glücklich. Er hat im Augenblick keinen festen Boden unter den Füßen. Mit Sorge darf er nun den ihm gestellten Aufgaben entgegensehen. Sie konzentrieren sich vor allem auf die Schaffung einer afro-asiatischen Gewerkschaftseinheit mit Endziel Japan und auf den weiteren Ausbau der Position in den latein-amerikanischen Staaten, möglicherweise von einem neu zu schaffenden Ausstrahlungszentrum in Triest aus. In der Person des Vicente Lombardo Toledano hat der WGB immer noch seine stärkste überseeische Stütze.

Das österreichische Spiel

Auch dieses zu betrachten lohnt sich. Immerhin war es eine österreichische Stelle, die diesen Dolchstoß, wenn auch nicht in vollem Bewußtsein, führte. Hat es etwas zu bedeuten, daß der österreichische Bundeskanzler sich davon distanzierte und die Hauptlast auf seinen (SPO-)Innenminister abwälzte? Wurde er wirklich überrumpelt? Im Generalsekretariat des WGB bezweifelt man das. So viel man dort weiß, haben die sowjetischen Vertreter in Wien durch diplomatische Kreise bereits um die Weihnachtszeit des vorigen Jahres von der Absicht der österreichischen Regierung hinsichtlich einer Auflösung des WGB erfahren. Ebenso wie dieser schien es ihnen — nach dieser Version — opportun, die Neutralität des österreichischen Bundeskanzlers in den Augen der Welt nicht zu schädigen. Innenminister Helmers Konstitution schien in dieser Hinsicht — sowohl innen- als auch außenpolitisch — wesentlich robuster und viel weniger gefährdet. Raab brauchte nichts gewußt zu haben.

Die Diskussion ist im Grunde genommen gegenstandslos geworden. Die Russen selbst haben sich — und nicht einmal schwer — mit der Auflösung des WGB abgefunden. Die ausländischen Funktionäre haben Österreich verlassen. Viele sind offiziell abgereist, die offiziell nie eingetroffen waren . . .

Bericht aus Washington

Die *Rechte der Neger* und die *Beziehungen zwischen den weißen und den farbigen Staatsbürgern* haben in den vergangenen Wochen die politischen Leidenschaften in den USA mehr aufgewühlt als zu irgendeiner anderen Zeit seit dem Bürgerkrieg vor fast hundert Jahren. Obwohl man es nicht überall zugeben will, hat sich dieses Problem heute zu nichts weniger als einer nationalen Krise großen Ausmaßes zugespitzt. Die Erschütterungen werden in der diesjährigen Wahlkampagne spürbar sein und können vielleicht sogar die amerikanische Außenpolitik und das ganze Problem der west-östlichen Beziehungen maßgebend beeinflussen.

Ob die farbigen Staatsbürger Bürger «zweiter Klasse» sein sollen, ist eine Frage der Gerechtigkeit und der Ethik; sie richtet sich an die Grundlehren des amerikanischen konstitutionellen Regierungssystems und ebenso an jene fast aller religiösen Bekenntnisse. Leider — es war nicht zu vermeiden — ist diese Frage auch zu einer politischen Angelegenheit geworden, und zwar deshalb, weil in man-

chen Staaten die Stimmenzahl der Neger sehr groß ist und entscheidend sein kann. Es ist für die Politiker verlockend, sich die Stimmen der farbigen Bürger zu sichern, und einige von ihnen haben dieses Ziel skrupellos verfolgt.

Während vielen Jahrzehnten nach dem Bürgerkrieg nahm man allgemein an, daß die Neger weitgehend für die republikanische Partei stimmten, das heißt für jene, die unter Präsident Lincoln die Sklaven befreite. Das stimmte mehr oder weniger bis zur Zeit der Präsidentschaft Franklin D. Roosevelts. Von da an bis in die letzte Zeit glaubte man, daß die Neger vorwiegend für die Demokraten stimmten.

Es war der demokratische Präsident Truman, der, allerdings erfolglos, bestrebt war, den Kongreß zur Annahme verschiedener Gesetze über neue bürgerliche Rechte zu bewegen. Ebenfalls zur Zeit der Präsidentschaft Trumans wurde den Negern bessere Behandlung im Militärdienst zugestanden. Im Jahre 1948 verursachte Trumans Beharren auf seinem Programm der bürgerlichen Rechte einen Bruch in der demokratischen Partei. Eine Gruppe dissidenter Demokraten in den Südstaaten bildete eine eigene Partei, die der «Dixiekarten», und sie stellten für die Präsidentschaft ihren eigenen Kandidaten auf. Trotz diesem bitteren Abfall siegte jedoch Truman und wurde wiedergewählt. 1952 wurde Eisenhower mit gewaltiger Mehrheit zum Präsidenten gewählt, und man nimmt an, daß es ihm damals gelang, einen schönen Teil der Stimmen der farbigen Bevölkerung für sich zu gewinnen.

Das ist also der Hintergrund für den Entscheid des Obersten Gerichts vom Mai 1954, welcher die gegenwärtige Krise beschleunigte. Das Gericht entschied, daß die Rassentrennung in öffentlichen Schulen verfassungswidrig sei. Das ist einer der bedeutsamsten Entscheide in der Geschichte des Landes, weil durch ihn ältere Entscheide, die zum Teil mehr als ein halbes Jahrhundert alt sind, außer Kraft gesetzt wurden, nach denen «gleiche aber getrennte» Einrichtungen (für die Schullung) vorgesehen wurden. Was im Laufe des vergangenen Jahrhunderts in den Südstaaten der Union zu einer besonderen Lebensform geworden war, ist durch diesen und ähnliche Entscheide ungesetzlich geworden. Zu dieser Lebensform gehören getrennte Schulen für Negerkinder, getrennte Eisenbahnabteile für farbige Reisende, getrennte Restaurants, Hotels, Theater, Wartesäle, Universitäten und Spitäler.

Der Oberste Gerichtshof hat erklärt, daß diese Zustände im Widerspruch stehen zur Verfassung der USA. Er hat angeordnet, daß die Trennung aufzuheben sei. In Anbetracht der Vielfalt und Tiefe des komplizierten Problems und der Leidenschaften, die der Entscheid entfachen werde, wurde beschlossen, daß die Änderung nicht von heute auf morgen stattfinden müsse; es wurde bloß gefordert, daß eine vernünftige Anpassung bis zur vollen Erfüllung der Gesetzesbestimmung in die Wege geleitet werde.

18 Staaten werden betroffen

Die Staaten im südöstlichen Teil des Landes (es sind ihrer 18) werden durch diesen Gerichtsentscheid direkt betroffen. Es sind nun schon fast zwei Jahre her, seit der Entscheid verkündet wurde, und es ist ein gewisser Fortschritt festzustellen. Fünf Staaten und der Distrikt von Columbien haben Schritte unternommen, um die Trennung aufzuheben, sieben sind entweder auf dem Weg zur teilweisen Annäherung an das Gesetz oder betreiben eine Verzögerungstaktik, während fünf aktiven Widerstand leisten.

Inzwischen hat der Sturm an Heftigkeit zugenommen. Auf der einen Seite hat die Nationale Gesellschaft zur Förderung der Farbigen (NAACP) unnachgiebig auf die sofortige und uneingeschränkte Verwirklichung des Entscheids des Obersten Gerichts gedrängt, indem sie gerichtliche Beurteilung in Fällen erreichte, in denen dies nötig war, um die Zulassung von Negern zu erzwingen. Auf der andern Seite

haben sich die unbelehrbaren Verteidiger der Rassentrennung zu verschiedenen Bürgergruppen zusammengetan und haben sich verschworen, dem Obersten Gericht des Landes zu trotzen. Unglücklicherweise geht bei diesem heftigen Zusammenprall der beiden extremen Flügel die Stimme der mäßigenden Vernunft und des Fortschritts ungehört unter, jene Stimme, die eine stufenweise Abschaffung der Trennung als das richtige Vorgehen bezeichnete.

Krawalle und Pöbelherrschaft nahmen diesen Winter überhand, zum Beispiel, als der erste Negerstudent an der Universität Alabama den Versuch machte, Vorlesungen zu besuchen. In New Orleans im Staate Louisiana rebellierte eine große Zahl von Kommunikanten gegen den katholischen Erzbischof, der in seiner Predigt erklärte, daß die Unterwerfung unter die Gesetze des Landes von der katholischen Kirche gefordert werde.

Schließlich gaben anfangs März 96 Abgeordnete des Kongresses, unter denen praktisch alle führenden Gestalten des Südens sind, Liberale und Konservative, eine Erklärung ab, in der sie das Oberste Gericht herausfordern und versprechen, alle möglichen Schritte zu unternehmen und alle Rechtswege zu beschreiten, um zu verhindern, daß diesem Entscheid Nachachtung verschafft werden könne. Dieses Vorgehen, das nichts weniger bedeutet als einen Angriff auf verfassungsmäßige Einrichtungen durch gewählte Volksvertreter, die geschworen haben, diese zu halten, hat mehr als irgendein anderes Ereignis den Ernst der Lage, in der wir uns befinden, dramatisch zugespielt.

Die Wucht der Krise

Es ist kein reiner Zufall, daß sich dieser Streit gerade im Jahre 1956 mit größter Heftigkeit entwickelt hat. 1956 ist ein Wahljahr. Alle Abgeordneten des Repräsentantenhauses und ein Drittel aller Senatoren müssen sich zur Wiederwahl stellen, und es wird ein nationaler Wahlfeldzug um die Präsidentschaft stattfinden. Die Politiker im Süden wissen, daß es für sie heißt: Vorherrschaft der Weißen oder Niederlage. In andern Gegenden bemühen sich die Politiker, die Stimmen der Neger für sich zu gewinnen.

Beide Hauptparteien befinden sich in mancher Beziehung in einer peinlichen Lage:

Die Republikaner, die unter Eisenhower vor vier Jahren verschiedene Triumphe in den Südstaaten feiern konnten, möchten ihre Anstrengungen fortsetzen, um aus dem Süden ein Zweiparteien-Gebiet zu machen. Der Süden war bekanntlich seit dem Bürgerkrieg zum überwiegenden Teil demokratisch. Doch benötigen die Republikaner die Negerstimmen im Norden, und sie können deshalb nicht (und wollen es auch nicht) die unter Eisenhower gemachten Fortschritte auf dem Gebiet der bürgerlichen Rechte für die Farbigen bekämpfen.

Die Demokraten befinden sich in einer noch schlimmeren Lage. Sie haben nur sehr geringe Chancen, Eisenhower zu besiegen. Wenn ihr Kandidat für die Südstaaten nicht annehmbar ist, dann verschwinden seine Aussichten auf einen Sieg vollständig. Nun kann und will die mehr liberale Gruppe der demokratischen Partei in den nördlichen Staaten aber keinen Kompromiß hinsichtlich der bürgerlichen Rechte eingehen. Ganz zu schweigen von der Bedeutung der Negerstimmen für diese Demokraten, haben sich viele von ihnen als Vorkämpfer für die Besserstellung der Negerbevölkerung betätigt.

So kommt es, daß eine der verwickeltesten, schwierigsten und dazu lebenswichtigsten soziologischen Fragen unserer Zeit zum Spielball auf dem politischen Rummelplatz wird, wo sie mit möglichst wenig Denken, dafür mit um so mehr Stimmabwand behandelt wird.

Und das ist noch nicht einmal das Schlimmste. Es können sich leicht wei-

tere Gewaltakte und Übergriffe des Pöbels ereignen. Die Wellen der Volksleidenschaft gehen im Süden sehr hoch, besonders in jenen Gebieten, in denen die Neggerbevölkerung einen sehr hohen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung ausmacht, wie etwa im Staate Mississippi, wo es 45% Farbige gibt. Dort ist der Zorn groß, und die Entschlüsse sind unumstößlich.

Sollte der Präsident handeln?

Adlai Stevenson, der sich um die Nomination für die Präsidentschaft bemüht, hat sich immer für Mäßigung eingesetzt. Er hat erkannt, daß die Lösung nur schrittweise herbeigeführt werden kann, und er hat die kämpferischen Bürger der Nordstaaten mit Recht daran erinnert, daß es ihnen nicht gut ansteht, die andern anzuschwärzen, denn schließlich kann die Tatsache nicht bestritten werden, daß der Neger in mancher Hinsicht in New York und Boston ein genau so zweitrangiger Bürger ist wie in Atlanta und New Orleans, obwohl er natürlich im Norden und Westen verhältnismäßig mehr Freiheit genießt. Stevenson hat vorgeschlagen, der Präsident solle etwas unternehmen, um einer geregelten Lösung dieses nationalen Problems den Weg zu bereiten. Vielleicht könnte aus einer solchen Maßnahme eine Besserung der heutigen Zustände resultieren. Bis jetzt hat Eisenhower jedoch keinen Finger gerührt.

In der Zwischenzeit werden sich die Auswirkungen dieser inneren Krise immer weiter ausbreiten. Die Tendenz zur politischen Spaltung, die in der demokratischen Partei am augenfälligsten ist, könnte sich sehr wohl in den Abstimmungen spiegeln, die sich auf die außen- und innenpolitische Gesetzgebung beziehen, obwohl sie unmittelbar damit nichts zu tun hat. Die kommunistische Welt müßte schon bedeutend weniger wachsam sein als gewöhnlich, wenn sie nicht aus dieser Situation Kapital für ihre Propaganda schlagen würde. Die Rassenfrage ist sicher nicht ohne großen Einfluß auf unsere Beziehungen mit Asien und Afrika. Eine Nation, die ihre eigenen farbigen Bürger nicht voll nimmt, wird, milde ausgedrückt, mit größter Skepsis beobachtet, wenn sie freundschaftliche Beziehungen mit Indien, Japan oder sogar Rotchina herzustellen versucht.

Die Zeiten und dieses Problem verlangen gebieterisch nach weiser staatsmännischer Führung im höchsten Sinne des Wortes. Eisenhower steht einer gewaltigen Aufgabe gegenüber, die ihm eine einmalige Chance gibt, seine Fähigkeiten zu beweisen.

Richard J. Davis